

Ein Lernort 04.03.2009



**MÜNCHEN** (Eigener Bericht) - Im Schatten des Streits um das "Zentrum gegen Vertreibungen" forciert ein Verband der deutschen Umgesiedelten ein gleichgerichtetes Revisionsprojekt in München. Dort will die Sudetendeutsche Landsmannschaft ein "Sudetendeutsches Museum" errichten und darin die "Geschichte der Deutschen in den Böhmisches Ländern" darstellen, insbesondere die "Vertreibung" der deutschsprachigen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Eine Ausstellung, die als möglicher Kern des Museums gilt, wird seit zwei Jahren bundesweit gezeigt. Sie verbindet heftige Invektiven gegen Prag mit Attacken auf die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg und macht Vorschläge zur "Entschädigung" der Umgesiedelten. Dem ehemaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš wirft sie eine Mitschuld am Tod von Hunderttausenden Jüdinnen und Juden vor. Das Projekt ist mit Staatsgeldern subventioniert worden. Über das geplante Sudetendeutsche Museum heißt es, es solle ein "Lernort für Schüler und Schülerinnen" sein und "als ein Zentrum mitteleuropäischer Zusammenarbeit (...) zur europäischen Integration beitragen".

### Staatlich gefördert

Als möglicher Kern des Sudetendeutschen Museums gilt eine Ausstellung, die im Mai 2007 zum ersten Mal gezeigt wurde - im Bayerischen Landtag. Initiiert worden ist sie vom "Sudetendeutschen Rat", einer Institution, die sich als "überparteilich" bezeichnet; ihre Mitglieder werden je zur Hälfte von der Sudetendeutschen Landsmannschaft und den Parteien des Deutschen Bundestages bestimmt. Die Ausstellung ist mit staatlichen Mitteln subventioniert worden, insbesondere aus dem Etat des Bundeslandes Bayern. Sie wurde nicht nur in mehreren bayerischen Städten gezeigt, sondern auch in weiteren Bundesländern, darunter Baden-Württemberg (Stuttgart) und Hessen (Wiesbaden).

### Münchener Diktat: "Gültig"

Im Zentrum der Ausstellung stehen völkerrechtliche Aussagen, die das Münchener Diktat vom 30. September 1938 sowie die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg betreffen. Mit den Friedensverträgen war die Gründung der Tschechoslowakei besiegelt worden, das Münchener Diktat leitete ihr vorläufiges Ende ein - mit der Freigabe der "Sudetengebiete" für den Zugriff Nazideutschlands. "Völkerrechtlich interessant" sei es, heißt es in der Ausstellung, "dass im operativen Teil des Abkommens nicht von der 'Abtretung', sondern von der 'Räumung' des Grenzlandes gesprochen wird". Diese Wortwahl lasse "anklingen", dass das "Sudetenland als besetztes Gebiet interpretiert werden konnte, das nie legitim zur CSR gehört hat". So gesehen gefährde das Fehlen einer Prager Unterschrift unter dem Münchener Diktat "nicht die Gültigkeit des Abkommens". Die Argumentation über eine angebliche Gültigkeit des Münchener Diktats erinnert daran, dass noch keine Bundesregierung das Diktat je als "null und nichtig von Anfang an" bezeichnet hat.[1]

### Tschechoslowakische Okkupation

Die Münchener Ausstellungsmacher geben deutlich zu erkennen, dass sie Zweifel an der Rechtmäßigkeit der tschechoslowakischen Staatsgründung haben. So heißt es etwa über die Maßnahmen, die die Prager Regierung

Anfang 1919 unternahm, um die Kontrolle über den neuen Staat zu gewinnen, sie hätten der "Okkupation des Sudetenlandes" gedient. Mit dem Begriff wird gewöhnlich der Einmarsch der Wehrmacht in den Nachbarstaat Anfang Oktober 1938 bezeichnet. Über das Prager Vorgehen Anfang 1919 heißt es weiter, es habe "gegen die im Jahre 1907 beschlossene Internationale Haager Landkriegsordnung" verstoßen. Während die Sicherung des tschechoslowakischen Staates damit als Kriegsverbrechen eingestuft wird, erwähnen die Ausstellungsmacher lobend die Minderheitengesetze des 1918 zusammengebrochenen Habsburger Reiches. Für die Tschechoslowakei hingegen sprechen sie unter Bezug auf historische Quellen von einer "Diskriminierung der Sudetendeutschen". Bei den Quellen, die der Öffentlichkeit kommentarlos unterbreitet werden, handelt es sich unter anderem um eine Schrift, die im Jahr 1936 in Karlsbad und Leipzig erschien - im Verlag von Karl Hermann Frank. Frank gehörte wenige Jahre später zum engsten Kreis der NS-Machthaber im Prager Protektorat.

### **Verlassene Dörfer**

Die Attacken gegen Prag und die Pariser Friedensverträge werden um Angriffe auf die tschechoslowakische Nachkriegsgesetzgebung ergänzt. So heißt es über die Beneš-Gesetze, die in Tschechien und der Slowakei Verfassungsrang besitzen: "Nicht alle Bestimmungen der Dekrete sind völkerrechtswidrig." Die verbale Aggression richtet sich vor allem gegen diejenigen Beneš-Gesetze, die die Enteignung und Ausweisung der NS-Kollaborateure und NS-Profiteure regelten. Dass jene, ersatzweise auch ihre Nachkommen, entschädigt werden müssten, steht für die Ausstellungsmacher offenbar außer Frage. Es gebe in Tschechien eine Reihe verlassener Dörfer, die deutsche Umgesiedelte in Besitz nehmen könnten, heißt es.

### **Beneš: Mitschuld**

Die völkerrechtlichen Attacken werden um heftige Invektiven gegen Prag, besonders gegen den ehemaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš ergänzt. So heißt es, es gehöre zu dessen "schweren Verfehlungen", dass er im Londoner Exil gesagt habe, "das NS-Regime würde Juden und Slawen ähnlich oder sogar gleich behandeln". Die Münchner Ausstellungsmacher werfen Beneš deswegen eine Mitschuld am Tod Hunderttausender Jüdinnen und Juden aus ganz Europa vor: "Diese Fehlinformation hat dazu beigetragen, dass die Westalliierten auch einfache Hilfsmaßnahmen für die verfolgten Juden - etwa die unbegrenzte Aufnahme jüdischer Flüchtlinge oder die Bombardierung der Zufahrtsstrecken zu den Vernichtungslagern - unterließen."

### **Europäische Integration**

Das Sudetendeutsche Museum, in das die Ausstellung integriert werden kann, soll "an einem städtebaulich zentralen Ort in München" errichtet werden. Trägerin ist die "Sudetendeutsche Stiftung", die mit Geldern verschiedener staatlicher Stellen, darunter der Bund, errichtet worden ist. Das Museum soll insbesondere "der zweiten und dritten Generation der Sudetendeutschen und der Tschechen" - also denjenigen, die lange Jahre nach der Umsiedlung geboren wurden - Zugänge zu den historischen Ereignissen eröffnen, heißt es in einer Selbstdarstellung.[2] Ziel ist es demnach, das Umsiedlungsgeschehen stets präsent zu halten - auch dann, wenn die davon Betroffenen längst verstorben sind. Das Revisionsprojekt, das die Umgesiedelten nur als Mittel nutzt, um staatliche Ansprüche gegenüber Tschechien aufrecht zu halten, wird schließlich noch europäisch bemäntelt: "Als ein Zentrum mitteleuropäischer Zusammenarbeit", heißt es über das geplante Museum, "kann es zur europäischen Integration beitragen."[3]

Weitere Informationen zur Revisionspolitik der "Sudetendeutschen" finden Sie hier: [Großer Irrtum](#) , [Umgang mit der Vergangenheit](#) , [Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte](#) , [Spuren der Geschichte](#) , [Revisionsinstrumente](#) , ["Volkstumskampf" ohne Ende?](#) und [Moralische](#)

Grundlage .

[1] s. dazu [Moralische Grundlage](#)

[2], [3] Herzlich Willkommen auf der Homepage des geplanten Sudetendeutschen Museums in München; [www.sudetendeutsches-museum.de](http://www.sudetendeutsches-museum.de)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)